

**Von:** Regina Kucharski <regina.kucharski@t-online.de>  
**Gesendet:** Dienstag, 20. Januar 2026 15:03  
**An:** 'Felix Kraft'  
**Cc:** 'info@lvpeh.de'  
**Betreff:** Anliegen des Landesverbandes Psychiatrie-Erfahrene Hessen e.V. zu der heutigen Veranstaltung "Teilhabe sichern - Barrieren abbauen: Politische Strategien für eine inklusive Gesellschaft"

Sehr geehrter Herr Kraft,

danke für Ihr Angebot, Fragen wegen der Online-Veranstaltung „Teilhabe sichern – Barrieren abbauen: Politische Strategien für eine inklusive Gesellschaft“ am 20.01.2026 Ihnen vorab per E-Mail zu senden, um es der Moderation weiterzuleiten, damit darüber diskutiert werden kann.

Ich, Regina Kucharski, bin Vorstandsmitglied vom Landesverband Psychiatrie-Erfahrene Hessen e.V., eine Betroffenenorganisation von jetzigen und ehemaligen Psychiatriepatienten. Wir haben folgende Anliegen:

- 1) Alternative Behandlung in der Psychiatrie: Mehr Soteria, mehr Achtsamkeitsübung, mehr Gespräche
- 2) Verstärkter Ausbau des Budgets für Arbeit, vielleicht Einführung einer Quote in Inklusionsbetrieben. Das Budget für Arbeit ist eine Alternative zur Werkstatt für behinderte Menschen, indem Erwerbsunfähige bei einem sozialversicherungspflichtigen Job auf den allgemeinen Arbeitsmarkt oder in Inklusionsbetrieben bis zu 75% der Lohnkosten übernommen werden. Zusätzlich kann Arbeitsassistent beantragt werden.
- 3) Ebenso verstärkter Ausbau des Budgets für Ausbildung. Das Budget für Ausbildung ist ebenfalls eine Alternative zur Werkstatt für behinderte Menschen, indem Erwerbsunfähige eine reguläre Berufsausbildung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt machen können und die Kosten hierfür von der Arbeitsagentur übernommen werden.
- 4) Bei der Rentenreform bitte Menschen bedenken, die erwerbsunfähig sind und die auch so behindert sind, dass sie kein Budget für Ausbildung absolvieren können, dass diese Menschen mindestens einen gewissen Betrag über die Grundsicherung haben und für Grundsicherungsempfänger sollte es einen entsprechenden Mehrbedarf geben. Denn diese Menschen können an ihre Situation durch Arbeit nichts ändern.
- 5) Alternativen zur Tagesstätten-Finanzierung wie z. B. die Finanzierung von Volkshochschulen und Fitness-Studios. Bisher zahlt der Landeswohlfahrtsverband Hessen als tagesstrukturierende Maßnahme nur Tagesstätten, also klassische Behinderteneinrichtungen, was ja gegen die UN-Behindertenkonvention ist. Z. B. führen ja Volkshochschulen Anwesenheitslisten. Vielleicht ist es ja möglich, dass der Landeswohlfahrtsverband mit diesen nichtpsychiatrischen Einrichtungen eine Kooperation eingeht, um Inklusion zu ermöglichen.
- 6) In allen Kommunen verpflichtende Hilfen für obdachlose psychisch kranke Menschen einführen, die die Hilfseinrichtungen und Psychiater scheuen, wie z. B. das psychiatrische Streetwork in Frankfurt.
- 7) Für Tätigkeiten in der Selbsthilfe, die nicht in Einrichtungen absolviert werden, wie Beratung und Begleitung von anderen behinderten Menschen soll es eine Entlohnung geben.
- 8) Einführung eines Mindestlohns für die behinderten Beschäftigten in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

Mit freundlichen Grüßen

Regina Kucharski

-Vorstandsmitglied Landesverband Psychiatrie-Erfahrene Hessen e.V.-